



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit
und öffentlicher Dienst
ING. HARALD Ettl

II-7364 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.260/71-I/6/89

5. Mai 1989

An den
Präsidenten des Nationalrates
Rudolf PÖDER

3399/AB

Parlament
1017 W i e n

1989 -05- 08

zu 3491 J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Guggenberger und Genossen haben am 16. März 1989 unter der Nr. 3491/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Kosten medizinischer Großgeräte gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wie beurteilen Sie die These, wonach der Einsatz elektromedizinischer Großgeräte wie CT oder Kernspintomograph im Gesundheitswesen kostendämpfend wirkt?
2. Liegen österreichische oder internationale Untersuchungen vor, die eine derartige Schlußfolgerung zulassen?
3. Falls nicht, sind Sie bereit, eine diesbezügliche Studie in Auftrag zu geben, um die Frage der Anschaffung medizinischer Großgeräte auch unter dem Aspekt gesamtwirtschaftlicher Kosten beurteilen zu können?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Dem Bundeskanzleramt liegen keine Untersuchungsergebnisse vor, aus denen hervorgehen würde, daß sich elektromedizinische Großgeräte wie CT oder Kernspintomograph im Gesundheitswesen kostendämpfend auswirken könnten.

Aus medizinischer Sicht kann aber bestätigt werden, daß die genannten Großgeräte bei einer Reihe von Erkrankungen eine frühzeitigere und verlässlichere Diagnose erlauben; z.B. ist mit diesen

- 2 -

Geräten eine frühzeitigere Diagnose intrakranieller Blutungen nach Verkehrsunfällen möglich. Das kann für einen Patienten lebensrettend sein.

Die Entscheidung über Anschaffung oder Nichtanschaffung solcher diagnostischer Geräte kann deshalb nicht allein nach ökonomischen Gesichtspunkten erfolgen.

Zu Frage 2:

Dem Bundeskanzleramt sind keine Untersuchungen bekannt, wonach der Einsatz medizinisch-technischer Großgeräte im Gesundheitswesen kostendämpfende Auswirkungen hat.

Die in der Präambel erwähnten Studie des Medizinisch-Radiodiagnostischen Instituts am Züricher Bethanien-Spital wird aber durch das Bundeskanzleramt beschafft und eingehend studiert bzw. kritisch überprüft werden.

Zu Frage 3:

Am 30. März 1989 wurde vom KRAZAF eine Studie zur Standort- und Bedarfsplanung für Großgeräte an das Ludwig-Boltzmann-Institut für radiologisch-physikalische Tumordiagnostik vergeben.

Diese Studie wird sich unter anderem auch mit der Frage der Anschaffung medizinischer Großgeräte unter dem Aspekt gesamtwirtschaftlicher Kosten beschäftigen.

